

Bali ist heißer denn je ...

Zur Klimakonferenz: Recht auf Leben, Land und Nahrung

Das indonesische Civil Society Forum hat im Rahmen der UNFCCC-Klimakonferenz COP 13 ein Solidaritätsdorf organisiert. Hier war quasi der Geburtsort der globalen Bewegung für Klimagerechtigkeit.

Marianne Klute



Es gibt nur eine Erde für Menschen und Tiere.

Foto: M. Klute

Noch sind die offiziellen Vertreter der Regierungen nicht vor Ort. Doch Bauern und Indigene, Mitglieder von sozialen und Umwelt-Bewegungen aus vielen Ländern dieser Erde sind schon da. Die Strände sind nicht mehr leergefegt. Heute quälen sich Autos auf dem Weg ins Konferenzzentrum auf der Halbinsel Nusa Dua durch dichten Verkehr. An strategischen Punkten posieren fünftausend Soldaten, schwer bewaffnet mit Maschinengewehren. Bali ist heißer denn je.

Viele zivilgesellschaftliche Gruppen sind präsent, vor allem aus den Ländern des globalen Südens. Sie sind gekommen mit dem festen Willen, ihre Stimme in die Verhandlungen um den Klimawandel einzubringen.

»Wir erwarten nicht viel von der COP 13«, sagt Anita aus Kolumbien. »Hier werden nur Geschäfte verhandelt. Wir sollten uns bewusst sein, dass die Regierungen sich nicht für uns einsetzen werden. Aber wir sollten uns davon nicht ins Bockshorn jagen lassen.« Dass die Erde heißer wird, ist für Rusdi aus Sumatra nicht zu bezweifeln. Ausbleibende Ernten, vertrocknete Felder, unbekannte Wetterphänomene sind die Realität seines Lebens als Bauer. Von ähnlichen Erfahrungen berichten auch die Teilnehmer aus Südamerika, Afrika und dem Pazifik.

Die Armen spüren die Folgen der Erderwärmung längst am eigenen Leib.

Doch nicht nur der Klimawandel, auch die globale Klima und Energiepolitik wirft ihre Schatten auf die

verschiedenen Weltregionen. Eine der »grünen Lösungen« zur Bewältigung der Energiekrise und zur Reduzierung der Emissionen heißt in vielen Ländern: Bioenergie, Biomasse und Agrotreibstoffe. Megaplantagen und Monokulturen sind weltweit in Planung, weit über die Landesgrenzen hinaus. Schon

kaufen sich internationale Unternehmen Wald in Indonesien, und indonesische Unternehmen setzen sich in der Region Amazonas fest, um auch dort ihr Palmöl zu produzieren. Angeblich zur Armutsbekämpfung geeignet, schaffen sie neue Armut.

Bisherige Mechanismen des Kyoto-Protokolls zur Reduzierung von Emissionen haben versagt. Weder wurden die Treibhausgas-Emissionen reduziert noch die Zerstörung der Ökosysteme aufgehalten. Stattdessen, so analysieren Kritiker, hat der Kohlenstoffhandel das Verschwinden der Regenwälder weiter beschleunigt.

Reduced Emissions from Deforestation and Degradation (REDD) heißt das von der Weltbank propagierte Programm. Es ist nichts anderes als ein Finanzinstrument, mit dem für Emissionen bezahlt wird, indem ausgewählte Wälder erhalten werden sollen.

Der Wettlauf um Wald und Land hat begonnen. Regierungen und Privatunternehmen sichern sich Land, die wahrscheinlichen Profite aus dem REDD-Programm vor Augen. Die Folgen sind verheerend, nicht nur in Afrika. Bauern und Indigene verlieren ihr Land, und der traditionelle Landbesitz löst sich auf. Land wird zur Kommodität des Marktes, wobei Ver-



»Unsere Welt ...

Die Autorin arbeitet für »Watch Indonesia!« in Berlin und hat über Jahre in Indonesien gelebt.

träge ausschließlich zwischen Regierungen und Industrien abgeschlossen werden.

Die afrikanischen NGOs sind überzeugt, dass nicht eine ihrer Regierungen ihre Haltung zu Umwelt und Konsum wirklich verändert hat. Sie alle würden die Diskussion um die Klimaveränderung nur als wunderbare Gelegenheit betrachten, Geld zu machen: »Wenn wir den Wald schützen, soll dafür bezahlt werden.«

Dies sind nur einige Beispiele aus einer Vielzahl, die beweisen, dass Modelle der Finanzierung von *Environmental Services* in Kombination mit strukturell tief verankerter Korruption und schlechter Regierungsführung jede mögliche gute Absicht ad absurdum führen werden.

Welche Auswirkungen der Trend hat, Ölpalmen und Sojabohnen großindustriell anzubauen und die daraus produzierten Agrotreibstoffe als alternative Energien zu verkaufen, sind schon jetzt ersichtlich. Die Indigenen sind überall auf der Verliererseite, denn es geht um ihr Land.

Mit einem Federstrich auf dem grünen Tisch werden ganze Dörfer hinweggefegt, um Platz für die Plantagenindustrie oder »Kohlenstoffsinken« zu machen. Die asiatischen NGOs befürchten, dass die Landreform dem Modell Australiens und Neuseelands nahefehrt, wo die indigenen Aborigines und Maori ihr Land verloren haben.

Erst in diesem Jahr hat die UN die Konvention zu Indigenen verabschiedet. Die meisten Staaten, außer den USA, Kanada, Australien und Neuseeland, haben die Konvention unterzeichnet. Das heißt, auf internationaler Ebene sind ihre Rechte anerkannt. In Indonesien, so Arief, ist es nicht allein das fehlende Recht der Indigenen auf Land. Sie sind in der Realität mit weiteren Problemen konfrontiert: mit dem Zuzug von Transmigranten und Zuwanderern auf ihr Land, mit daraus resultierenden horizontalen und vertikalen Konflikten, mit alltäglichem Rassismus. Unter den Folgen der Klimaveränderung leiden sie zwar, aber es ist nicht ihr Hauptproblem, sondern nur eines von vielen. Mit den neuen Mechanismen des Kohlenstoffhandels kommt neuer Zündstoff dazu, der das Potential hat, Gemeinschaften und Gesellschaften zu spalten, mit allen damit verbundenen praktischen und ethischen Problemen.

Viele der zivilgesellschaftlichen Gruppen, besonders aus dem globalen Süden, kritisieren daher grundsätzlich, dass die aktuelle Debatte um Emissionen und Entwaldung viel zu eng ist. Die zu erwartenden Antworten korrespondierten mit der Einseitigkeit der Problemstellung. Es sind nur auf Marktmechanismen beruhende finanzielle und technologische Lösungsansätze, die in Bali zur Debatte stehen. Diese würden die Ursachen des hohen Energieverbrauchs auf der einen Seite und die treibenden Kräfte für die Zerstörung der Wälder auf der anderen Seite nicht in Frage stellen.



Indonesische Umweltaktivisten bei der Protestaktion gegen die *Forest Partnership Facility* der Weltbank

Foto: M. Klute

Die derzeitige Diskussion um den Klimawandel und die Klimapolitik muss daher in eine andere Richtung geleitet werden: Weg von der Beschränkung auf Finanzinstrumente, hin zu einem holistischen Ansatz, weg von technischen Lösungen auf Kosten anderer, hin zu demokratischer Beteiligung aller Betroffenen, weg von den Marktrechten von Verkäufern und Käufern von Emissionszertifikaten, hin zu verankerten Rechten auf Leben, Land und Nahrung für alle Menschen. »Wir zahlen die Zeche für die hohen Emissionen des Nordens«, sagt Dinar aus Indonesien. »Wo bleibt die Klimagerechtigkeit?« Auch wenn die Industriestaaten es schaffen würden, ihre hohen Emissionen tatsächlich zu reduzieren, auch, wenn die steigenden Emissionen aus den Wachstumswirtschaften Chinas und Indiens mit in die Rechnung einfließen würden, auch, wenn es rechnerisch genügend Wald gäbe, auch wenn irgendwann sämtliche anderen ökologischen und sozialen Probleme gelöst werden würden, so bleibe doch eine historische Schuld der Industriestaaten für zweihundert Jahre aggressiven und zerstörerischen Lebenswandels.

Der ungekürzte Artikel wurde bereits auf europaticker am 3.12.2007 veröffentlicht (<http://www.europaticker.de>).



... ist nicht verkäuflich.«

Foto: M. Klute